

Beschluss

Sitzung: 41. Vollversammlung

am: 25.11.2017



zu TOP

06

Thema: **Elternunabhängiges Grundeinkommen**

Beschluss:

Die Vollversammlung beschließt die Forderung zur Einführung eines Elternunabhängigen Grundeinkommens für junge Menschen.

Der Vorstand wird beauftragt, hierzu Gespräche mit der Landesregierung und den Fraktionen des Thüringer Landtages zu führen.

Abstimmung:

Ja: 38

Nein: 8

Enthaltung: 9

1 Elternunabhängiges Grundeinkommen*

2
3 ** Warum „Grundeinkommen“ und nicht „Grundsicherung“? Das Wort „Sicherung“ befördert oftmals*
4 *die Vorstellung eines staatlich garantierten „Rundum-Sorglos-Pakets“. Es wird daher nicht selten*
5 *fehlinterpretiert und führt zu utopischen Erwartungen bzgl. der finanziellen Größenordnungen. Eine*
6 *Sicherung gibt nur das Gefühl, dass im Hinblick auf ganz bestimmte Gefahren nichts „Schlimmes“*
7 *passiert = mehr nicht!*

8 *Ein Einkommen eröffnet mir – trotz aller Notwendigkeiten und ggf. Begrenzungen - Möglichkeiten der*
9 *individuellen Gestaltung / Schwerpunktsetzung. Mit meinem Eigentum gehe ich anders um als mit*
10 *einer staatlichen Subvention. Eigeninitiative und eigene Verantwortung werden gestärkt.*

11 Einleitung

12 Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck (1815 bis 1898) forderte am 17. November 1881 den
13 deutschen Reichstag auf, Gesetze zum Schutz der Arbeiter bei Krankheit, Unfall, Invalidität und zur
14 Versorgung im Alter zu beschließen, die später als „Bismarcksche Sozialgesetze“ in die Geschichte
15 eingingen. Deshalb gilt dieser Tag als Geburtsstunde der deutschen Sozialversicherung. Auch wenn
16 im Laufe der folgenden Jahrzehnte Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung immer wieder
17 modifiziert wurden sowie Arbeitslosen- und Pflegeversicherung noch hinzukamen, so hat sich das
18 soziale Sicherungssystem bis heute nicht grundlegend verändert. Dies verwundert, gerade angesichts
19 der gegenwärtigen, großen Herausforderungen:
20

- 21
- 22 – Insbesondere die voranschreitende Digitalisierung wird dazu führen, dass Erwerbsarbeit
- 23 insgesamt abnimmt und nicht mehr als alleinige Grundlage für die Bemessung staatlich
- 24 garantierter Sozialleistungen ausreichen wird.
- 25
- 26 – Der demographische Wandel sorgt dafür, dass immer weniger junge Menschen für immer
- 27 mehr ältere Menschen mit sorgen müssen, ohne selbst im Alter das gleiche Niveau sozialer
- 28 Absicherung erwarten zu können.
- 29
- 30 – Während wirtschaftliche Prozesse bereits weitreichend dem globalen Wettbewerb
- 31 ausgesetzt sind, gibt es noch nicht einmal in Europa einheitliche soziale Sicherungssysteme,
- 32 geschweige denn weltweit.
- 33

34 Ist angesichts dieser historischen und globalen Herausforderungen und den sich daraus ergebenden
35 Veränderungsprozessen einfach ein „Weiter so!“ bei staatlichen Sozialsystemen angebracht?
36

37 Bereits jetzt wird der jungen Generation mit einem unverantwortlichen Schuldenberg und
38 unüberschaubaren Risiken für die Zukunft eine riesige Last mit auf den Weg gegeben. Es fehlen den
39 Parteien in Deutschland weitgehend Mut und Bereitschaft, neue Wege auszuprobieren und über den
40 „Tellerrand einer Legislaturperiode“ hinauszuschauen.

41
42 Der Landesjugendring Thüringen e.V. bringt deshalb erneut den Vorschlag eines elternunabhängigen
43 Grundeinkommens für junge Menschen in die politische Debatte ein und stützt sich dabei auf einen
44 bereits 2003 gefassten Beschluss¹.

45
46 Als Interessenvertreter der jungen Generation hält er es für sinnvoll, für diese Zielgruppe einen
47 Anfang zu machen. Dabei gilt es, Chancen und Risiken miteinander abzuwägen sowie die Zielstellung
48 einer gerechten und solidarischen Gesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Manchmal braucht
49 es aber auch den Mut, einfach mal anzufangen und neue Dinge auszuprobieren. Gleichzeitig könnte

¹ Elternunabhängige Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, Beschluss 23. Vollversammlung, 15.11.2003

50 dies ein Meilenstein sein, um den gesellschaftlichen Disput zur Einführung eines allgemeinen
51 bedingungslosen Grundeinkommens voranzubringen und mitzugestalten.

52

53 Die Idee eines bedingungslosen, elternunabhängigen, einklagbaren Grundeinkommens fasziniert uns,
54 weil es symbolisiert, dass alle junge Menschen,

55

56 • die auf diese Welt kommen und groß werden, die gleiche Würde haben - unabhängig von
57 Vorbedingungen: vom sozialen Umfeld, von der gesellschaftlichen Stellung, vom
58 Aufenthaltsstatus, von eigener Leistung, ...

59

60 • als eigenständige Personen anspruchsberechtigt sind und nicht vordergründig die für das
61 Kind sorgenden Eltern – auch wenn sie bis zur Geschäftsfähigkeit des Kindes das Geld
62 verwalten.

63

64 1992 wurde die Kinderkonvention der UN in Deutschland ratifiziert. Sie garantiert unter anderem das
65 Recht auf Gleichbehandlung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Bildung und das Recht auf
66 Freizeit, Spiel und Erholung.

67

68 25 Jahre nach der Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag sind diese Rechte zwar de jure
69 gegeben, aber de facto gibt es bei allen noch immer Handlungsbedarf. Die Position des Kindes ist
70 nach wie vor zu schwach. Ein Grundeinkommen für junge Menschen ist dann eine tatsächliche
71 Stärkung der Kinderrechte.

72

73 Für ein elternunabhängiges Grundeinkommen können je nach Alter der jungen Menschen
74 unterschiedliche Begründungen bzw. Vorteile aufgezeigt werden. Deshalb unterteilen wir hier
75 zwischen der Gruppe der 0- bis 13-Jährigen sowie der Gruppe der 14-Jährigen bis zum Erreichen
76 eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses.

77

78

79 **1. Bedeutung eines Grundeinkommens für Kinder (0 – 13 Jahre)**

80

81 Das aktuelle System der staatlichen Unterstützung von Kindern ist sehr zersplittert (Kindergeld,
82 Kinderzuschlag, ggf. Wohngeld, Hartz IV, Bildungs- und Teilhabepaket etc.), bürokratisch und
83 kompliziert. Vielen Eltern sind gar nicht alle Leistungen bekannt. Es ist oft undurchsichtig, wann
84 welcher Anspruch auf Leistungen besteht und selbst wenn dies bekannt ist, werden diese Angebote
85 oftmals aus Scham nicht wahrgenommen.

86

87 Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung lebten 2015 insgesamt 48.627 Thüringer Kinder unter 18
88 Jahren in Armut, d.h. in Familien, die Grundsicherungsleistungen nach SGB II erhalten. Insbesondere
89 in Städten wie Gera und Erfurt ist die Quote mit 26,6 % bzw. 24,4 % besonders hoch. (vgl.
90 Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung vom 12.09.2016).

91 Diese Kinder haben im Schnitt erhöhte gesundheitliche Risiken, sind schlechter gebildet, haben
92 sowohl schulisch als auch beruflich kaum Aufstiegschancen und haben aufgrund ihrer finanziellen
93 Lage weniger Teilhabe am gesellschaftlichen Leben².

94

95 Es ist davon auszugehen, dass die Kinderarmutsquote in Thüringen auch durch die zugenommene
96 Aufnahme von Flüchtlingen seit 2015 noch gestiegen ist. Diese Kinder sind durch ihre noch fehlenden
97 Sprachkenntnisse, mögliche psychische Traumata und der Unsicherheit ihres Aufenthaltsstatus
98 besonders hilfsbedürftig. Sie besitzen ebenso ein Recht auf Gesundheit, Bildung und Freizeit, das der
99 Staat gewährleisten und umsetzen muss.

² Gemeinsames Soziales Wort zur Kinderarmut in Thüringen, 01. Oktober 2008; Gemeinsames Soziales Wort „Bildung als Schlüssel zur Überwindung von Kinderarmut in Thüringen“, 14. April 2010

100

101 Ein möglicher Weg hierzu ist die bessere finanzielle Stellung des Kindes durch die Einführung eines
102 elternunabhängigen Grundeinkommens.

103

104

105 **2. Bedeutung des Grundeinkommens für Jugendliche und junge Erwachsene (14 – 26 Jahre)**

106

107 Bei Bundestagswahl 2017 war mehr als die Hälfte der Wähler/-innen über 52 Jahre: Angesichts dieser
108 Entwicklung überrascht es wohl nicht, dass CDU/CSU und SPD ihre selbst vor einigen Jahren als
109 notwendig erachtete Anpassung der Rentenformel immer mehr aufgeweicht bzw. viele zusätzliche
110 Ansprüche für demnächst in Rentenalter eintretende Wähler versprochen haben. Der jungen
111 Generation werden dadurch immer mehr Lasten aufgebürdet entweder durch perspektivisch höhere
112 Abgaben oder durch eine größere Staatsverschuldung. Notwendige Investitionen in die junge
113 Generation werden dagegen vernachlässigt (z.B. Bildung) oder schlummerndes Potential nicht genug
114 gefördert (z.B. Kinderarmut).

115

116 Der Landesjugendring Thüringen e.V. setzt sich deshalb seit Jahren für die Etablierung einer
117 eigenständigen Jugendpolitik in Thüringen ein und bedauert sehr, dass die Landesregierung
118 diesbezüglich bisher zu wenig unternommen hat.

119

120 Laut dem 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung ist das „Projekt“ Jugend gekenn-
121 zeichnet durch drei Kernherausforderungen: **Qualifizierung** (soziale und berufliche Handlungs-
122 fähigkeit erlangen), **Verselbständigung** (individuelle Verantwortung übernehmen) und
123 **Selbstpositionierung** (Spannungsfeld von subjektiver Freiheit und sozialer Zugehörigkeit).

124

125 Vor allem die letzten beiden Herausforderungen bedingen es, dass jungen Menschen auch die dafür
126 notwendigen Freiräume eröffnet werden. Insbesondere ist eine frühzeitige finanzielle
127 Unabhängigkeit von den Eltern notwendig.

128

129

130 Ein möglicher Weg hierzu liegt in der Einführung eines elternunabhängigen Grundeinkommens.

131

132

133 **3. Forderung**

134

135 Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert daher erneut von der Landesregierung, sich im
136 Bundesrat einzusetzen für:

137

138 **die Einführung eines elternunabhängigen und bedingungslosen Grundeinkommens für junge**
139 **Menschen bis zum Erreichen des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses, welches als**
140 **eigenständiges, aus Steuern finanziertes System bei Wegfall aller bisherigen staatlichen**
141 **Unterstützungsleistungen realisiert wird.**

142

143 Die Höhe dieses Grundeinkommens sollte sich am soziokulturellen Existenzminimum orientieren,
144 altersmäßig gestaffelt sein und regionale Besonderheiten (z.B. Stadt / Land) berücksichtigen. Das
145 elternunabhängige Grundeinkommen für junge Menschen wird nicht auf der Einkommensermittlung
146 für Hartz IV-Empfänger angerechnet. Es ist zu prüfen, welche besonderen individuellen Leistungen
147 darüber hinaus bedürftigen jungen Menschen gewährt werden müssen.